



Europol-Zentrale in Den Haag: Informationsdrehscheibe für die 25 EU-Mitgliedstaaten.

„Mehr liefern als erwartet wird“

Max-Peter Ratzel, seit 18. April Direktor von Europol, über die Arbeit des europäischen Polizeiamts in Den Haag.

Sie haben eine Neuausrichtung von Europol angekündigt – in welche Richtung wird es gehen?

Ratzel: Zu Beginn meiner Tätigkeit bei Europol habe ich angekündigt, dass ich neben den Gesprächen mit politisch Verantwortlichen auch mit den Mitarbeitern von Europol reden möchte. Sollte es aufgrund dieser Gespräche und meinen Schlussfolgerungen daraus Neuerungen geben müssen, werde ich diese dann mit unserem Verwaltungsrat und gegebenenfalls auch auf politischer Ebene besprechen. Es ist offenkundig, dass dieser Prozess zunächst nicht über die Medien kommuniziert werden kann.

Bei Ihrer Amtseinführung im Mai hat sich Deutschlands Bundesinnenminister Otto Schily für eine verstärkte Einbeziehung Europol's in operative Einsätze ausgesprochen. Auch Sie streben mehr exekutive Kompetenzen für Europol an. Wann kann diese Forderung umgesetzt werden?

Ratzel: In dieser Frage werden zwei Dinge fälschlicherweise miteinander vermengt. Minister Schily hat das ausgesprochen, was auch mein Anliegen ist, nämlich bei laufenden Ermittlungsverfahren in einem Mitgliedstaat vor Ort mit Rat und Tat unterstützen zu können, und zwar unter Maßgabe des nationalen Rechts und unter der Leitung des Ermittlungsführers vor Ort. Dies ist unter dem Ansatz „operativ“ zu subsumieren. Erst kürzlich ist dies in Prag geschehen, wo wir die tschechischen Kollegen beim „Worldrun“-Treffen der „Hells Angels“ vor Ort operativ unterstützt haben. So etwas muss und wird in allen unseren Mandatsbereichen künftig öfter vorkommen. Im Gegensatz dazu stehen exekutive Kompetenzen wie das Recht für Festnahmen oder Hausdurchsuchungen. Dafür gibt es keine Zuständigkeiten in der Europol-Konvention und diese habe ich auch nicht gefordert. Diese Kompetenzen verbleiben in der Verantwortlichkeit nationaler Stellen.

Die internationale organisierte Kriminalität kennt keine Grenzen und setzt sich über Normen hinweg. Hinkt Europol hinterher?

Ratzel: Alle Polizeien der Welt müssen sich immer auf die veränderten Bedrohungsszenarien einstellen. Dies ist im Grunde eine unserer Daueraufgaben. Europol hat nicht zuletzt durch die sehr gute Aufbauarbeit meines Vorgängers Jürgen Storbeck zu einer erheblichen Verbesserung der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus in der Europäischen Union beigetragen. Auch sollte man nicht vergessen, dass wir noch eine vergleichsweise junge Behörde sind, die trotz ihrer Jugend beachtliche Resultate liefert. Letztlich kann und sollte man von Europol auch nicht die Lösung aller Probleme erwarten. Einer meiner Leitsätze für die Behörde ist es, mehr zu liefern als erwartet oder versprochen wurde, und unsere Unterstützung noch stärker auf die Erwartungen unserer Kunden,



Anschlag in London: Die Terrorismusbekämpfung hat bei Europol Priorität.

die nationalen Strafverfolgungsbehörden, zuzuschneiden. Ich bezeichne dies als einen „Demand-oriented Approach“. Nur so können wir gemeinsam effektiver werden.

Welche Formen der internationalen organisierten Kriminalität (OK) sind die gefährlichsten für die Europäische Union? Was wird Europol dagegen tun?

Ratzel: Die Frage nach der Gefährlichkeit von OK ist differenziert zu beantworten. Wichtig ist es, dass wir in naher Zukunft unser bisher jährlich erscheinendes OK-Lagebild, eine eher retrospektive Betrachtung zurückliegenden Kriminalitätsgeschehens, in eine vorausschauende OK-Bedrohungsanalyse fortentwickeln. Diese strategische Analyse soll, basierend auf Zulieferungen der Mitgliedstaaten, den Entscheidungsträgern in Politik und Polizei die Möglichkeit geben, ihren Ressourceneinsatz besser zu planen. Dies eröffnet die Chance, Überraschungen bei der Entwicklung einzelner Kriminalitätsphänomene zu vermeiden. Die britische EU-Präsidentschaft hat die Erstellung der OK-Bedrohungsanalyse zu einem ihrer Schwerpunkte im Arbeitsbereich „Innere Sicherheit“ gemacht.

Die Bekämpfung des Terrorismus, des Drogenschmuggels, des Menschen Schmuggels, der Falschgeldkriminalität und von Wirtschaftsdelikten waren die Schwerpunkte von Europol im vergangenen Jahr. Wird sich bei diesen Prioritäten etwas ändern?

Ratzel: Durch die beiden Anschlagfolgen von London ist die Relevanz der Terrorismusbekämpfung in überaus schrecklicher Weise unterstrichen wor-

den. Daher werden wir diese Priorität aus guten Gründen bis auf weiteres beibehalten. Auch die anderen von Ihnen genannten Prioritäten werden sich in naher Zukunft vermutlich nicht ändern, wobei wir uns im Bereich Falschgeld

ZUR PERSON



Max-Peter Ratzel, geboren 1949 in Dillingen/Saar, studierte nach dem Abitur von 1968 bis 1974 Mathematik und Physik in Saarbrücken. Seine berufliche Karriere im deutschen Bundeskriminalamt in Wiesbaden begann 1976 im Kriminaldienst. 1990 wurde er stellvertretender Leiter des Grundsatzreferats OK-Bekämpfung, drei Jahre später übernahm er die Leitung des Referats Eigentumskriminalität. Ab 1995 leitete er das Referat „Internationale Zusammenarbeit“ und ab 1998 den Leitungsstab des Bundeskriminalamts. Im Herbst 2000 wurde er Leiter der Abteilung „Organisierte und allgemeine Kriminalität“ mit damals ca. 950 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Seit 16. April 2005 ist Dipl.-Verwaltungswirt Ratzel Leiter des europäischen Polizeiamts Europol in Den Haag. Die Innen- und Justizminister der 25 EU-Mitgliedstaaten hatten sich am 24. Februar 2004 in Brüssel einstimmig für ihn als Nachfolger von Jürgen Storbeck entschieden. Max-Peter Ratzel ist seit 1976 verheiratet und hat drei Kinder.

auf die Bekämpfung der Euro-Fälschungen spezialisieren.

Der islamistische Extremismus und Terrorismus gilt als Hauptbedrohung für die westliche Welt. Wie effizient ist Europol bei der Terrorismusbekämpfung?

Ratzel: Alle Sicherheitsbehörden haben aus den Anschlägen von New York und Madrid gelernt. Unsere Maßnahmenplanung für die Verhütung und Verfolgung derartiger Ereignisse haben wir weiter verfeinert. Das Zulieferungsaufkommen der Mitgliedstaaten an Europol im Bereich islamistischer Terrorismus ist um etwa 30 Prozent gestiegen. Gegenwärtig unterstützen wir mehr als 20 laufende Verfahren innerhalb der EU. Dies zeugt von einer positiven Entwicklung, die wohl vor ein paar Jahren noch niemand vorauszusagen gewagt hätte. Wichtig ist, dass wir die Zusammenarbeit mit den Nachrichtendiensten weiter ausbauen. Die Terroranschläge der jüngsten Zeit erinnern uns daran, dass Informationen, die nicht mit anderen geteilt werden, im Prinzip nutzlos oder gar schädlich sind bzw. sein können, da auf unzureichender Wissensbasis falsche Entscheidungen getroffen werden können.

Wo liegen derzeit die größten Probleme in der Arbeit von Europol?

Ratzel: Noch stärker als in der Vergangenheit müssen wir für eine klare Aufgabenfestlegung zwischen den verschiedenen EU-Einrichtungen auf dem Gebiet der inneren Sicherheit sorgen. Schon mein Vorgänger hat von so genannten Insellösungen gesprochen und vor deren isolierten Entwicklungen gewarnt. Daher gilt es, gemeinsam und vertrauensvoll horizontale oder ganzheitliche Ansätze zu entwickeln und zu realisieren. Dies geht nur im vertrauensvollen Dialog innerhalb der EU, dem wir uns jederzeit offen und konstruktiv stellen, um gemeinsam zu einer ganzheitlichen Kriminalitätsbekämpfung zu gelangen.

Wie hinderlich sind die unterschiedlichen Rechtsnormen in den 25 EU-Mitgliedsländern für die Europol-Kooperation bei der Strafverfolgung?

Ratzel: Unterschiedliche Rechtslagen sind ein Fakt und daher bei allen Planungen zu berücksichtigen. Alles andere wäre vorwerfbar. Das bedeutet: Auch wenn die rechtlichen Voraussetzungen unterschiedlich sind, müssen zumindest mittelfristig pragmatische Lösungen gefunden werden. Vielleicht wird es in Zukunft ein einheitliches Strafrecht, Strafprozessrecht oder auch

FOTOS: CONTRAST, EUROPOL

Polizeirecht in der EU geben. Aber solange wir diesen Zustand nicht erreicht haben, müssen wir in dem Rechtsrahmen agieren, den wir haben. Dazu sind Kreativität und Durchhaltevermögen erforderlich, das meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen tagtäglich zeigen und beweisen.

Wie gut ist die Zusammenarbeit mit Eurojust?

Ratzel: Einer meiner ersten Termine hier in Den Haag war ein Treffen mit Michael Kennedy, dem Präsidenten von Eurojust. Ich stelle mit großer Zufriedenheit fest, dass wir kooperativ auf einem guten Weg sind. Derzeit erstellen beispielsweise Europol und Eurojust gemeinsam ein Informationsfaltblatt, das den Ermittlern vor Ort hilfreiche praktische Hinweise für eine Erfolg versprechende Nutzung unserer beiden Einrichtungen gibt. Das ist ein gutes Beispiel unserer täglichen Kooperation. Daneben widmen wir uns gemeinsam dem taktischen Instrument der Joint-Investigation-Teams, wozu es Übersichten und Handlungsrichtlinien zu erstellen gilt. Mit großem Interesse wird derzeit auch ein Vorschlag der Niederlande diskutiert, Europol und Eurojust mittelfristig in einem Gebäude unterzubringen, was bei Wahrung aller gebotenen Selbstständigkeit beider Institutionen die Zusammenarbeit deutlich unterstützen wird.

Was werden Sie anders machen als Ihr Vorgänger?

Ratzel: Jeder Mensch ist anders geschaffen und strukturiert. Dies bringt viele Vorteile mit sich. Demzufolge



Max-Peter Ratzel ist seit 16. April 2005 Direktor des europäischen Polizeiamts.

werde ich vermutlich vieles anders machen als mein Vorgänger. Dies liegt in den unterschiedlichen Persönlichkeiten begründet, die wir nun mal sind. Allerdings bleibt dabei die Zielsetzung bestehen: Europol's Beitrag zur Unterstützung der Strafverfolgungsbehörden in der EU in der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des internationalen Terrorismus muss eine deutliche Wirkung zeigen, in strategischer wie insbesondere in operativer Hinsicht.

Welche rechtlichen, personellen und organisatorischen Voraussetzungen wünschen Sie sich zusätzlich für Europol?

Ratzel: Diese Frage ähnelt sehr Ihrer Eingangsbemerkung. Wie gesagt, werden wir Wünsche irgendwelcher Art zunächst intern besprechen müssen. Derzeit plane ich die bestmögliche Bearbeitung unserer Aufträge unter weitestgehender Nutzung des bestehenden Rahmens. *Interview: Werner Sabitzer*

EUROPOL

Das Europäische Polizeiamt Europol mit Sitz in Den Haag ist eine Strafverfolgungsbehörde und hat seine Tätigkeit offiziell am 1. Juli 1999 aufgenommen. Als Service-Einrichtung unterstützt Europol die Polizeibehörden in den EU-Mitgliedstaaten beim Informationsaustausch, bei der Analysearbeit und bei der Ausbildung. Die Zuständigkeit von Europol ist unter anderem dann gegeben, wenn konkrete Anhaltspunkte für das Vorhandensein einer kriminellen Organisation gegeben sind, die Kriminalitätsformen in den Mandatsbereich von Europol fallen und zwei oder mehr EU-Mitgliedstaaten betroffen sind.

Die Organe bei Europol sind der Verwaltungsrat, der Direktor, der Fi-

nanzkontrolleur und der Finanzausschuss. Der Verwaltungsrat ist das oberste Gremium der Mitgliedsstaaten bei Europol. Seine Aufgabe ist es insbesondere, die ordnungsgemäße Amtsführung des Direktors zu überwachen. Der Verwaltungsrat entscheidet unter anderem über die Einrichtung von Analyseprojekten und bereitet Entscheidungen für den Rat der Justiz- und Innenminister vor. Im Verwaltungsrat sind alle 25 Mitgliedsstaaten vertreten.

Der Direktor ist für die Umsetzung der Aufgaben verantwortlich, die Europol zugewiesen wurden. Der Finanzkontrolleur überwacht die ordnungsgemäße Haushaltsführung und ist nur dem Verwaltungsrat verantwortlich. Im Finanzausschuss bereiten die Mitgliedsstaaten die Entscheidungen des Ver-

waltungsrates in Haushalts- und Finanzfragen vor. Die „Gemeinsame Kontrollinstanz“ überwacht als unabhängiges Gremium die Rechtmäßigkeit der Speicherung und Verarbeitung der personenbezogenen Daten bei Europol, sowie die Zulässigkeit deren Übermittlung. Jeder Bürger kann die Gemeinsame Kontrollinstanz ersuchen, Auskunft über die Zulässigkeit und Richtigkeit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der ihn betreffenden Daten bei Europol zu geben.

Jeder EU-Mitgliedstaat hat mindestens einen Verbindungsbeamten zu Europol entsandt. Ihre Aufgabe ist der Informationsaustausch und die Koordination zur Unterstützung von Ermittlungen in den Mitgliedstaaten.

<http://www.europol.eu.int/>